



Inhaltsverzeichnis

15.01.2026	PAZ online (Peiner Allgemeine): Endlagersuche für Atommüll: Landesamt sieht Niedersachsen in der engeren Auswahl	3
19.01.2026	Peiner Nachrichten: Atommüllendlager – Vechelade könnte ins Visier geraten	5
16.01.2026	taz.de: Atommüll-Tourismus in NRW: BUND sieht Umwelt-Rechtsschutz in Gefahr	7

Nur noch 25 Prozent Bundesfläche kommen infrage

Endlagersuche für Atommüll: Landesamt sieht Niedersachsen in der engeren Auswahl

Hannover

Die Salz- und Tonformationen im Land hält Carsten Mühlenmeier, Präsident des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), potenziell für geeignet, um hochradioaktiven Atomabfall aufzunehmen. Viele Daten müssten aber noch ausgewertet werden. Nach aktueller Einschätzung von Experten kommen nur noch 25 Prozent der Bundesfläche für ein Endlager infrage.

Wird das Endlager für hochradioaktiven Atommüll in Niedersachsen gebaut? Die endgültige Entscheidung darüber wird erst in einigen Jahren fallen. Doch bereits jetzt zeichnet sich ab, dass Flächen in Niedersachsen potenziell tauglich sind.

„Nach den bisherigen Erkenntnissen kann man davon ausgehen, dass bei den Standortregionen, die 2027 von der Bundesgesellschaft für Endlagerung verkündet werden, Niedersachsen dabei sein wird“, sagte der Präsident des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Carsten Mühlenmeier, dieser Redaktion. Diese Realität sei in weiten Teilen der Bevölkerung noch nicht ganz angekommen.

Entscheidung Ende 2027

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine ist zuständig für die Suche nach dem aus wissenschaftlicher Sicht bestmöglichen Standort für ein Atommüllendlager. Derzeit haben Fachleute die geeigneten Regionen auf nur noch 25 Prozent der Bundesfläche eingegrenzt. Ende 2027 beabsichtigt die BGE, konkrete Standortregionen zur weiteren Erkundung vorzuschlagen.

Hinsichtlich der geologischen Verhältnisse sei Niedersachsen durchaus geeignet, sagte Mühlenmeier. „Wir haben Salz und Ton in einer Mächtigkeit,

die schon relativ gut ist.“ Allerdings sei die Betrachtung zahlreicher Flächen noch nicht abgeschlossen. Mühlenmeier: „Wir haben in Niedersachsen sehr viele Daten über den tiefen Untergrund. Und diese Daten müssen noch ausgewertet werden.“

Vor knapp drei Jahren, am 15. April 2023, wurden die drei letzten Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. In 60 Jahren der Atomkraftnutzung sind 27.000 Kubikmeter hochradioaktive Abfälle angefallen. Das Endlager dafür soll mindestens 300 Meter unter der Erdoberfläche gebaut werden und den Atommüll für eine Million Jahre sicher einschließen.

Sichere Einlagerung für eine Million Jahre

Rund 54 Prozent der Bundesfläche waren ursprünglich in die Untersuchung einbezogen. Als sogenanntes Wirtsgestein kommen Salz-, Ton- und Granitformationen infrage. Schritt für Schritt werden nun die Anforderungen erhöht, dadurch scheiden immer mehr Flächen aus. In einem ersten Zwischenschritt hatte die BGE im Herbst 2025 den Anteil tauglicher Areale auf ein Viertel des Bundesgebietes verringert.

Als ungeeignet haben die Experten einige Gebiete in Süddeutschland aussortiert – als potenziell geeignet gelten vor allem Flächen in Norddeutsch-

land, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. Dies bedeute aber keine Vorfestlegung auf einen Standort im Norden, sagte die Vorsitzende der BGE-Geschäftsführung, Iris Graffunder.

„Es ist schon wichtig, dass alle Bundesländer sich darauf verständigen, dass wir die Verantwortung dafür haben, unseren Atommüll auch selbst zu entsorgen und nicht zu verkaufen“, sagte Mühlenmeier. Dafür müsse man den besten Standort suchen, egal in welchem Bundesland er sei.

Bundestag entscheidet am Ende

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung ist dabei lediglich für die Suche und die wissenschaftliche Bewertung zuständig. Die Entscheidung über einen möglichen Endlagerstandort treffen am Ende das Landesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und der Bundestag. Das kann aber noch Jahrzehnte dauern.

Unterdessen laufen in Schweden seit einem Jahr die Arbeiten an einem Endlager für hochradioaktive Abfälle, in zehn Jahren soll es fertig sein. In Finnland ist man sogar nahezu fertig. Die Anlage durchlaufe letzte Tests, kündigte das finnische Energieministerium jüngst an. Schon bald könne damit begonnen werden, ausgebrannte Brennelemente in die unterirdische Deponie zu bringen. Lang anhaltende Proteste

von Anwohnern und Umweltschützern
gab es in Finnland nicht. Vor allem,

weil die Menschen dort gegenüber der

Atomkraft grundsätzlich positiv eingestell
stellt seien, heißt es.

Wörter: 538
Autor/-in: Marco Seng
Rubrik: Der Norden
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Einzelausgabe
Visits (VpD)¹: 3.101.655

Weblink: <https://www.paz-online.de/der-norden/landesamt-zu-atommuell-niedersachsen-in-engerer-auswahl-fu-er-endlager-F6ZLQLEGHFRLEDKVZK3BKG6XQ.html>

¹ von PMG gewichtet 11-2025

Atommüllendlager – Vechelade könnte ins Visier geraten

Der Grund dafür könnte der Salzstock im Erdreich sein. Doch unter anderem dessen steile Lagerung spricht gegen ihn.

Karl-Gustav Kukoschke

Vechelade Der Salzstock im Erdboden unter Vechelade – er gewinnt aktuell wegen der bundesweiten Suchen nach einem Standort für ein Atommüllendlager für hoch radioaktiven Atommüll an Bedeutung. Seit etwa 1723 liegt der heutige Ort in der Gemeinde Vechelde auf dem Hügel in der sumpfigen Aueniederung. Der Baugrund war gut auf dieser Erhebung aus Sand und Kies. Solche Bodenschätze verkauften die Einwohner auch anderweitig. Der Spielplatz blieb als Kuhle übrig. Kaum jemand weiß jedoch, was sich unterhalb des Ortes befindet. Die Rede ist von einem steil aufragenden Salzstock, auch Salzmauer genannt.

Der Stock gehört zu einer ganzen Kette solcher Lagerstätten. Sie reicht von Broistedt über Vechelde/Vechelade bis nach Wendeburg und Rolfsbüttel. Geologische Verwerfungen pressen in Jahrtausenden das Salz empor. Die oberen Teile liegen heute nur etwa 100 m unter der Erdoberfläche. Die Umrisse bei Vechelade, Wahle, Vechelde und Wierthe gehen aus dem Kartenausschnitt hervor.

Erdfälle möglich

Später sank der obere Teil des Salzstockes tiefer und bildete die heutige Aueniederung. Dann füllten Wasserläufe und Wind dieses Becken teilweise wieder auf. Als Folge von Gletschern in den Eiszeiten entstand danach der Kies- und

Sandhügel direkt unter Vechelade. An den Flanken des hoch liegenden Salzstockes laugt jedoch Grundwasser nach wie vor Material heraus. Die dabei entstehenden Hohlräume können Erdfälle bewirken.

Westlich von Vechelade traten mehrere solcher Senkungen auf. Berühmtheit erlangte der 1618 entstandene Gesundbrunnen bei Wahle nahe der Kläranlage. Auch in der kürzlich bebauten Wahler Gemarkung ‚In den Kühläckern‘ ereignete sich 1951 ein Erdfall, wie das Foto zeigt. Schließlich soll um 1654 ein Erdfall südlich des Vechelder Schlosses in Richtung Köchingen passiert sein. Nicht jede Senkung wurde jedoch aufgezeichnet. Solche Erdbewegungen beeinflussen die Stabilität des Baugrundes.

Dabei bestimmen die Erdfallgefährdungskategorien 0 bis 7 den ansteigenden zusätzlichen baulichen Sicherheitsaufwand. Im genannten Fall Wahle weist der Bebauungsplan aufgrund des Salzstockhochstandes solche Kategorien von 3 bis 5 aus. In Wierthe kam in der Nähe zum Salzstock die Kategorie 3 heraus. Der Planfeststellungsbeschluss für die Stromleitung von Liedingen nach Bleckenstedt geht von der Kategorie 3 in der Nähe des Salzstockes aus. Für Bauwillige bedeuten solche Zusatzkosten aufgrund einer Erdfallgefährdung deutliche Nachteile.

Auf der östlichen Seite des Salzstockes befinden sich in den Ortschaften Wedtlenstedt und Denstorf etwa 20 weitere bekannte Erdfälle. Ein Zusammenhang mit dem Hochstand des Salzstockes erscheint jedoch fraglich. Allerdings weisen Bebauungspläne auch hier Erdfallgefährdungskategorien bis 3 aus.

Es bleibt spannend

Bei der bundesweiten Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle kommen grundsätzlich auch Salzvorkommen als mögliche Standorte infrage. Für den Salzstock Vechelde scheint jedoch eine solche Nutzung unwahrscheinlich. Denn die steile Lagerung, die geringe Deckschichtstärke sowie die beschriebenen Erdfälle führen zu einer verringerten Eignung als Endlager, ebenso Bohrungen in größerer Tiefe sowie eine Erdölförderung 1954 östlich von Vechelade. Aus diesem Blickwinkel kann die beschriebene Erdfallgefährdung auch einen Vorteil für die betroffenen Gemeindeteile darstellen.

Das vor kurzem von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine neu herausgegebene Kartenwerk liefert bisher für das Gebiet der Gemeinde Vechelde keine eindeutigen Aussagen zur Eignung als Endlager. Spannend bleibt deswegen, wie das offizielle Auswahlverfahren weitergeht.

Wörter: 545
Autor/-in: Karl-Gustav Kukoschke
Seite: 20
Ressort: Service
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2026
Nummer: 15
Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 4.482 (gedruckt)
5.055 (verkauft)
5.185 (verbreitet)
Reichweite²: 0,01358 (in Mio)

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



taz.de

Atommüll-Tourismus in NRW: BUND sieht Umwelt-Rechtsschutz in Gefahr

16. Januar 2026 12:36 | Medienart: Online | Visits/Monat: 16.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Das juristische Tauziehen um Dutzende Castor-Transporte mit hoch radioaktivem **Atommüll** mitten durch Nordrhein-Westfalen geht weiter: Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat Beschwerde gegen einen Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin eingelegt, das einen Eilantrag des Umweltverbands gegen den seit Jahren als „unsinnig und gefährlich“ kritisierten **Atommülltourismus** für unzulässig erklärt hatte.

Jetzt soll das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg sicherstellen, dass die Transporte von 288.161 Brennelementen des Hochtemperatur-Reaktors des ehemaligen Kernforschungszentrums in Jülich bei Aachen ins rund 170 Kilometer entfernte Zwischenlager Ahaus nicht während des laufenden Eilverfahrens starten dürfen.

Denn das Verwaltungsgericht als erste Instanz hatte den Antrag des BUND lediglich aus formalen Gründen abgeschmettert: Der Umweltverband sei gegenüber dem in Berlin ansässigen **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (BASE), das SPD-Bundesumweltminister Carsten Schneider untersteht, schlicht „nicht antragsbefugt“, so die Berliner Richter – im konkreten Fall habe der BUND kein Verbandsklagerecht.

Inhaltlich hatte die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts dagegen beschlossen, aufgrund der Sicherheitsbedenken des BUND sei der Erfolg eines juristischen Hauptverfahrens „zum gegenwärtigen Zeitpunkt als offen zu beurteilen“.

Schließlich sollen die knapp 300.000 hoch radioaktiven Brennelemente in 152 Castoren mit Dutzenden Lkw-Fahrten offenbar monatelang über die maroden Autobahnen des mit 18 Millionen Menschen bevölkerungsreichsten Bundeslands NRW rollen – etwa durch die Landeshauptstadt Düsseldorf und das dicht besiedelte westliche Ruhrgebiet um Duisburg.

Überhaupt sei die Transportgenehmigung des **BASE** rechtlich nur eingeschränkt bewertbar gewesen, so das Verwaltungsgericht: Zentrale Teile der Genehmigungsunterlagen waren geschwärzt und deshalb auch für die Berliner Richter nicht lesbar.

Vom BUND hagelt es deshalb Kritik: „Wenn Gerichte anerkennen, dass Sicherheitsfragen nicht umfassend zu beurteilen sind, aber gleichzeitig verhindern, dass sie überhaupt überprüft werden können, läuft effektiver Rechtsschutz ins Leere“, sagt Kerstin Ciesla, in NRW stellvertretende Landesvorsitzende des Umweltverbands. „Hier wurde nicht über Sicherheit entschieden, sondern darüber, wer überhaupt fragen

darf.“

Das Urteil widerspreche damit dem Europarecht, das anerkannten Umweltverbänden die gerichtliche Überprüfung von Verstößen gegen umweltbezogene Rechtsvorschriften zusichere, argumentiert der BUND. „Wir lassen uns unser Recht nicht nehmen – deshalb gehen wir in die Beschwerde“, erklärt Vize-Landesvorsitzende Ciesla. Denn wenn selbst „hochriskante Atomtransporte der gerichtlichen Kontrolle entzogen“ würden, stehe „der Umwelt-Rechtsschutz insgesamt auf dem Spiel“.

Anti-Atom-Initiativen wie das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, das Aktionsbündnis Stop Westcastor Jülich und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßten die BUND-Beschwerde.

Für den kommenden Sonntag rufen Anti-Atom-Aktivist:innen deshalb zu einer Kundgebung vor dem Rathaus in Ahaus auf, die um 14 Uhr beginnen soll. Und am Samstag, 24. Januar, soll ab 11 Uhr am Autobahnrasthof Bottrop-Süd demonstriert werden.

Die Anwohner:innen entlang der Autobahnen wurden bisher weder von der Bundes- noch der Landesregierung oder der Polizei über die „erheblichen Unfall- und Sicherheitsgefahren der Lkw-Atomtransporte“ informiert, sagt der Atomkraftgegner Jens Dütting von der Ahauser Initiative zur Begründung. Wegen einer Autobahn-Großbaustelle zwischen Bottrop und Oberhausen sei die A 2 dort ein „offensichtliches sicherheitstechnisches Nadelöhr“.

„Endlich handeln“ müsse auch die schwarz-grüne Landesregierung, fordert Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. Die BUND-Beschwerde biete ein „politisches Zeitfenster“ für die auch für die Atomaufsicht zuständige grüne NRW-Landeswirtschaftsministerin Mona Neubaur, aber auch für Nordrhein-Westfalens CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst selbst, die Castor-Transporte durch Verhandlungen mit der Bundesregierung noch zu verhindern.

Mittlerweile geht selbst der NRW-Landesverband der Grünen vorsichtig auf Distanz zur eigenen Landesregierung. Zur Teilnahme an der Demo am Sonntag vor dem Rathaus in Ahaus rufen auch die Grünen auf – und damit auch zum Protest gegen die Politik der eigenen stellvertretenden Ministerpräsidentin Neubaur.

„Atomtransporte sind gefährlich und ein Sicherheitsrisiko für unser Land“, so der Co-Landeschef der Grünen, Tim Achtermeyer. Vorausgegangen war heftige Kritik etwa der Linken: „Spätestens wenn der erste Castor rollt, ist ein Rücktritt Neubaus überfällig“, hatte deren atompolitischer Sprecher in NRW, Hubertus Zebel, gegenüber der taz erklärt.